

biet vorhandenen Flächenpotenziale grundsätzlich ebenfalls diesen Branchen zur Verfügung. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Werner, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, Sie haben die Lage zwischen Stadtteilzentrum und Weser angesprochen. Wie bewerten Sie die Wünsche aus dem Stadtteil nach einer direkten alltäglichen Zugänglichkeit des Geländes und des Weserufers, und wie gehen Sie gegebenenfalls damit in Zukunft um?

Staatsrat Dr. Heseler: Wir müssen, glaube ich, auf der einen Seite sehen, dass wir dort gute Bedingungen für die Ansiedlung von Unternehmen schaffen. Das schränkt den Zugang ein wenig ein. Auf der anderen Seite ist es unser Ziel - und das soll auch mit dem „Palast der Produktion“ verfolgt werden - zu sehen, dass wir breite Teile auch für die Öffentlichkeit nutzen können und die Weser eben auch nicht abgeschlossen wird, sondern dort Zugänge und Wege möglich sein werden. Da sind wir in der Planung.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Kottisch!

Abg. **Kottisch** (SPD): Herr Staatsrat, nun haben wir dort auf der einen Seite sehr gute Bedingungen für eine gewerbliche Ansiedlung, beispielsweise von den Zulieferern der Windkraftbranche durch die wasserseitige Anbindung und die gute Verkehrsinfrastruktur. Auf der anderen Seite hat dieses Projekt gezeigt, dass das Interesse der Kreativwirtschaft auch groß ist. Sehen Sie Chancen, da auch Initialzündungen zu organisieren, sodass ein Crossover stattfindet, dass also die Industrie, die dort angesiedelt werden kann, potenziell gleichzeitig auch mit den Akteuren der Kreativwirtschaft zusammenspielt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Ja, das ist eigentlich generell unser Ziel. Es wäre sehr wünschenswert, dass wir es schaffen, dass sich die in Bremen relativ starke Kreativwirtschaft stärker mit den Produktionsunternehmen vernetzt. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir gerade für investive Zwecke auch ein Programm und Mittel zur Verfügung stellen wollen, vielleicht können sie auch in solche Bereiche fließen. Wir haben großes Interesse daran - und der „Palast der Produktion“ war ein solches Projekt -, eine stärkere Vernetzung von kreativen Unternehmern oder Existenzgründern und Produktions- und Dienstleistungsunternehmen zu erreichen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Trägerneutraler Auftritt von Dienstleistungszentren und Begegnungsstätten?**“ Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Schmidtman, Frau Dr. Schaefer, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Schmidtman!

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie weit hat der Senat sein Vorhaben umgesetzt, dass Dienstleistungszentren und Begegnungsstätten nach außen hin klar als Einrichtungen erkennbar sind, die mit öffentlichen Mitteln finanziert werden und im öffentlichen Interesse und Auftrag tätig sind und die damit für alle Menschen in Bremen zuständig sind?

Zweitens: Wie will der Senat zukünftig verhindern, dass Dienstleistungszentren und Begegnungsstätten rein äußerlich den Eindruck erwecken, dass sie lediglich eine Einrichtung des Zuwendungsempfängers und nicht für alle Bremerinnen und Bremer zuständig sind, unabhängig von der etwaigen Mitgliedschaft und/oder weiteren besonderen persönlichen Voraussetzungen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen hat sich mit den Trägern darauf verständigt, die Begegnungsstätten und Dienstleistungszentren zukünftig durch Schilder äußerlich als Zuwendungsempfänger der Freien Hansestadt Bremen zu kennzeichnen. Im Interesse eines einheitlichen Verfahrens ist beabsichtigt, die Kennzeichnung mit einer für alle Zuwendungsempfänger geltenden Regelung umzusetzen. Die Senatorin für Finanzen prüft zurzeit die Möglichkeiten, wie eine Kennzeichnungspflicht für alle Zuwendungsempfänger im Land Bremen am zweckmäßigsten umgesetzt werden kann.

Um eine Kennzeichnung zeitnah und mit möglichst wenig Verwaltungsaufwand umzusetzen, soll eine Realisierung zunächst auf freiwilliger Basis erfolgen. In einem ersten Schritt sollen die Zuwendungsempfänger gebeten werden, auf

ihrem Schrift- und Mailverkehr standardmäßig einen Hinweis aufzunehmen, dass die Einrichtung aus öffentlichen Mitteln gefördert wird. Sofern sich die vorgeschlagenen Maßnahmen bewährt haben, ist beabsichtigt, die Regelungen verbindlich in die Verwaltungsvorschriften zur Landeshaushaltsordnung aufzunehmen.

Zu Frage 2: Das öffentliche Interesse der Freien Hansestadt Bremen an den Angeboten soll herausgestellt werden. Der Senat hat dazu mit den Trägern vereinbart, in der Öffentlichkeitsarbeit der Begegnungsstätten und Dienstleistungszentren zum Beispiel in Broschüren und Berichten jeweils den Zuwendungsgeber zu nennen.

Die Träger machen seit zwei Jahren verstärkt gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit, um dem falschen Eindruck entgegenzuwirken, es handle sich nur um individuelle Angebote einzelner Träger. Zum Beispiel treten auf der Messe „SeniorA“, die heute stattfindet, die Träger mit einem gemeinsamen Stand auf. Die Träger der Dienstleistungszentren fertigen gemeinsame Jahresberichte an, die bereits auf der Titelseite auf die Förderung durch die Stadt hinweisen. Auf den Ausschilde-rungen an den Gebäuden soll immer die Funktion als Begegnungsstätte oder Dienstleistungszentrum angemessen deutlich gemacht werden. Es soll aber den Trägern ebenso möglich sein, ihre Funktion als Träger öffentlich sichtbar darzustellen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Schmidtman, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, teilen Sie mit mir die Auffassung, dass zum Beispiel die Kennzeichnung eines Dienstleistungszentrums, zum Beispiel AWO oder auch Rotes Kreuz, bei den Menschen unserer Stadt, die dort Hilfe suchen, zur Verwirrung führen kann? An mich ist schon öfter herangetragen worden, dass man dort erst einmal Mitglied sein muss. Teilen Sie deswegen mit mir die Auffassung, dass dort dringend Handlungsbedarf besteht?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Sehr geehrter Herr Schmidtman, die Träger haben auch erkannt, dass es sozusagen ein gemeinsames Marketing geben soll. Das wird jetzt auch verstärkt diskutiert. Ich glaube aber auch, dass es in der Natur des Menschen liegt, sich ganz stark mit der Einrichtung zu identifizieren. Deswegen neigt er leicht dazu zu sagen, ich gehe zur Caritas, ich gehe zum DRK, oder ich gehe zur AWO. Wir als Ressort wünschen uns aber eigentlich - und wir haben

es auch dem Finanzressort vorgeschlagen -, dass Einrichtungen und Institutionen, die Zuwendungen bekommen, dies auch deutlich machen, beispielsweise analog zu dem EU-Schild: Dies wird gefördert von der Freien Hansestadt Bremen. Das ist ein Vorschlag, den wir gemacht haben. Auf alle Fälle ist ein einheitliches Auftreten wünschenswert.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Krümpfer!

Abg. Frau **Krümpfer** (SPD): Frau Senatorin, ist dies auch geplant für Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, die auch alle öffentliche Mittel bekommen und auch unterschiedliche Träger haben?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Ja, das ist ein Wunsch aus unserem Haus. Ein Mitarbeiter aus meinem Haus hatte die Idee, dass die Einrichtungen und Institutionen, die öffentlich gefördert werden, dies auch kenntlich machen, damit der Bürger und die Bürgerin erkennen können, wohin Steuermittel fließen. Aus Spaß hatte ich intern vorgeschlagen, dass wir analog zur Kunsthalle ein Laufband an unser Haus, das ja am Bahnhof gut sichtbar ist, installieren, auf dem Bremen deutlich machen könnte, wohin öffentliche Mittel in erheblichem Umfang fließen. Das ist, finde ich, aus unserer Sicht eine gute Idee.

(Heiterkeit)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über den **Brandanschlag in Woltmershausen**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Senkal, Frau Aytas, Frau Garling, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Aytas!

Abg. Frau **Aytas** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Was sind nach Kenntnis des Senats die Ursachen und Hintergründe für den mit ausländerfeindlichen Parolen einhergehenden Brandanschlag auf eine türkische Familie in Woltmershausen?

Zweitens: Warum hat die Pressestelle der Polizei über diesen Vorfall nicht von sich aus, sondern offenbar erst auf Nachfrage einer Tageszeitung berichtet?